

Aus der Verden
Ausgabe 66
19.03.2009
Seite 25
© 2007 Kreiszeitung Verlagsgesellschaft

Region in der Krise gut aufgestellt

Bundestagsabgeordneter Stünker im Gespräch mit Arbeitsagenturleiter Duensing: Grundgesetzänderung muss kommen

VERDEN • Die Krise wird sicher auch den Landkreis Verden treffen. Aber nicht so stark, wie andere Regionen. Davon geht Joachim Duensing aus. Beim Gedankenaustausch mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten Joachim Stünker (SPD) interessierte den Leiter der Arbeitsagentur vor allem, ob das Grundgesetz in Bezug auf die Betreuung von Langzeitarbeitslosen noch in dieser Wahlperiode geändert wird.

„Die Wirtschaft in der Region Verden ist kleinteilig und sehr breit aufgestellt. Es gibt viele Familienbetriebe, die nicht so stark von den Banken abhängig sind“, erklärte Duensing. Wichtige Einzelhandelsunternehmen profitierten davon, dass der Privatkonsum bisher noch nicht eingebrochen sei. Die großen Krankenhäuser und Einrichtungen in Rotenburg seien kaum von der Konjunktur abhängig. „Und das Konjunkturpaket wird einen Auftragschub für lokale Handwerker bringen. Und genau in diesem Bereich sind wir stark“, sagte Duensing.

Dennoch gebe es auch in



Joachim Duensing, Gerhard Döring und Joachim Stünker (v. l.) hoffen, dass die bevorstehende Bundestagswahl nicht dazu führt, dass das Regieren bis dahin eingestellt wird.

Verden und umzu Probleme. Betroffen sind laut Duensing zum Beispiel Speditionen,

die für Kfz-Hersteller fahren. Von den 300 Mitarbeitern eines Autozulieferers befänden

sich derzeit 180 in Kurzarbeit. „Auch der Zeitarbeitsbranche brechen Aufträge

weg.“ Die Leidtragenden seien meist ungelernete Kräfte. „Gesucht werden nach wie

vor Fachleute in den Bereichen Technik und Metall.“

Auf mehr Arbeitslose hat sich die Arbeitsagentur Verden dadurch vorbereitet, dass 20 neue Mitarbeiter eingestellt werden. „Die sind dann schon eingearbeitet, wenn wir mehr Kunden betreuen müssen“, sagte Gerhard Döring, zuständig für das operative Geschäft.

Sorgen bereitet Duensing und Döring die Unsicherheit in Bezug auf die Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Die Zuständigkeit muss bis 2010 neu geregelt werden. Einen Kompromiss dazu hatte Minister Olaf Scholz mit den Ländern ausgearbeitet. Den hat die Union in Berlin jedoch kürzlich platzen lassen. „Kommt die nötige Grundgesetzänderung trotzdem noch in diesem Jahr?“, fragte Duensing. Stünker: „Davon gehe ich aus. Alles andere wäre kaum zu verantworten.“ Die bevorstehende Bundestagswahl dürfe nicht dazu führen, auf andere Mehrheiten zu hoffen und bis dahin das Regieren einzustellen. Arbeitsagenturen und Kommunen bräuchten Planungssicherheit.

